

Abgeordnet

Clara Bünger übernimmt Mandat im Bundestag » Seite 3

Angetreten

André Schollbach will an die Stadtspitze » Seite 4

Abgewichen

EU verlässt den Pfad des Humanismus » Seite 8

Ausgabe **01**

»Dresden muss gerechter werden!«

André Schollbach



MITTENDRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

Januar/Februar 2022



Endlich gestalten!

Abschied von Dresden: Katja Kipping auf neuen Wegen. » Seite 2

Ein wichtiger Vorschlag

Am 12. Juni 2022 steht eine Neuwahl an

Welche Bedeutung die Oberbürgermeisterwahl in einer Halbmillionenstadt hat, beweisen nicht zuletzt die zahlreichen Kandidaturen für das Oberbürgermeisteramt, die in den letzten Tagen und Wochen bekannt wurden. Diese machen es sehr unwahrscheinlich, dass bereits am 12. Juni eine Entscheidung fällt, es kommt wohl auf den zweiten Wahlgang am 10. Juli an. Das Amt des Oberbürgermeisters ist alles andere als unwichtig. Es repräsentiert nicht nur die Stadt nach außen, sondern der OB leitet die Stadtverwaltung, hat dabei ein Weisungsrecht gegenüber allen Geschäftsbereichen, Ämtern und städtischen Betrieben. Außerdem sitzt er dem Stadtrat vor und hat dort die - angesichts der Pattsituati-

on im Stadtrat selbst - entscheidende 71. Stimme.

Der gegenwärtige Amtsinhaber mit FDP-Parteibuch nutzte das Mandat, Entscheidungen, die einst mit rot-grün-roter Mehrheit beschlossen wurden, in der Umsetzung zu blockieren oder gar zurückzudrehen, egal ob es dabei um sozialen Wohnungsbau, andere soziale Aufgaben, den städtischen Nahverkehr oder mehr Bürgerbeteiligung ging. Angesichts dessen ist es naheliegend, dass Bündnis 90/Die Grünen, SPD und LINKE sich einigen, im zweiten Wahlgang die stimmenstärkste Kandidatur aus dem Mitte-Links-Spektrum zu unterstützen. DIE LINKE wird eine starke und glaubwürdige Alternative zum Amtsinhaber anbieten.

Wer wäre dazu besser geeignet als André Schollbach? André Schollbach gehört - obwohl noch relativ jung - zu den dienstältesten Stadträten, als Fraktionsvorsitzender der LINKEN war er nicht nur der Gegenspieler des derzeitigen Oberbürgermeisters, sondern auch schon der der Amtsvorgängerin. Er ist der derzeit bekannteste Vertreter linker Politik in Dresden und Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Kommunalrecht. Als solcher hat er mehr als einmal den Amtsinhaber in die Schranken gewiesen, im Stadtrat, aber auch vor Gericht. Und damit hat er auch bewiesen, dass er es besser könnte. Wir werden André Schollbach dem Stadtparteitag als Kandidaten für das Amt vorschlagen. *Jens Matthis*

EDITORIAL

Ein spannendes Jahr

Ein Blatt voller Neuigkeiten ist die erste Nummer unserer Mitgliederzeitschrift im Jahr 2022. Katja Kipping, lange Jahre als Dresdner Abgeordnete auf Stadt-, Landes- und Bundesebene ein vertrautes Gesicht im Stadtverband, ist seit dem 21. Dezember 2021 Sozialsenatorin in Berlin. Leider machte die Pandemie bislang einen persönlichen Abschied Katjas nicht möglich, sie verabschiedet sich deshalb an dieser Stelle von ihren Dresdner Genossinnen und Genossen. Ganz ohne Unterstützung aus der Bundestagsfraktion steht der Stadtverband allerdings auch künftig nicht da: Clara Bünger, für Katja in den Bundestag nachgerückt, wird - in kleinerem Umfang - die Verbindung nach Berlin aufrecht erhalten und stellt sich auf Seite 3 vor. Und noch eine Neuigkeit gibt es: André Schollbach wird für DIE LINKE ins Rennen um die Position des Dresdner Oberbürgermeisters gehen. Ein Interview mit ihm findet sich auf den Seiten 4 und 5. Sicher ist: Es wird ein spannendes Jahr!

Uwe Schaarschmidt



Spannender Augenblick. Neun Jahre standen Katja Kipping und Bernd Riexinger schließlich einer nicht ganz einfachen Partei vor

Auf ein Neues!

Gedanken zu meinem Abschied von Dresden
und ein Blick in die Zukunft



Hinter Gittern: Auch die Lebensbedingungen Gefangener bedürfen der Kontrolle. Katja zu Besuch in der JVA Dresden

DIE LINKE.Berlin hat mich gebeten, in Berlin Senatorin für Integration, Arbeit, Soziales zu werden. Der Abschied aus Dresden, der damit verbunden ist, fällt mir nicht leicht. Doch Ihr wisst ja, wie sehr ich seit Längerem dafür werbe, dass unsere Partei auf sozial-ökologische Mehrheiten hinarbeitet. In meinen beiden Büchern »Neue linke Mehrheiten« und »Green New Deal als Zukunftspakt« habe ich das inhaltlich und methodisch unterfüttert.

Konkret in Regierungsverantwortung Handlungsspielräume herauszufinden und zu nutzen, ist eine Herausforderung, der ich mich von ganzen Herzen stellen möchte. Hinzukommt, dass ich in dieser neuen Funktion meine bisherigen Erfahrungen gut einbringen kann

und zugleich neue Fähigkeiten erlangen kann, die dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit zu Gute kommen können.

Während all der Jahre als Dresdner Abgeordnete war mir wichtig, in den Stadtteilen präsent zu sein, zum Beispiel mit dem »Roten Wohnzimmer« oder mit Kaffee vorm Jobcenter. Zu den Höhepunkten der Zusammenarbeit mit Dresdner Initiativen und der Stadtratsfraktion gehören für mich die Einführung des Sozialtickets und die Initiierung der Dresdner Kulturloge. All jenen, die daran mitwirkten, möchte ich ganz besonders danken.

Während wir bei den Bundestagswahlen hier Dresden beinahe das Direktmandat errungen hätten, wären wir im Bund beinahe aus dem Bundestag ausgeschieden. Insofern stellt das bundesweite Ergebnis sehr grundlegende Fragen, was zu tun ist, damit wir wieder gewinnen können. Auf dem Stadtparteitag im Oktober hab ich meine Einschätzung mit euch geteilt, welche Schlüsse wir ziehen und was wir als Partei in Gänge ändern müssen.

Neue Aufgaben – neue Kämpfe

Sechzehn Jahre habe ich mich als Sozialpolitikerin im Bundestag für soziale Garantien und soziale Menschenrechte eingesetzt. Mein Ziel war und ist, dass jede und jeder frei von Armut und Schikane leben kann. Ich habe deshalb für

Mein Ziel war und ist, dass jede und jeder frei von Armut und Schikane leben kann

Reformalternativen wie die Kindergrundsicherung, die Vier-Tage-Woche und die Mindestrente sowie die Überwindung von Hartz IV gekämpft. Kurz gesagt: für eine Sozialpolitik im Zeichen von Selbstbestimmung und Selbstermächtigung. Mit der Ernennung zur Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin beginnt für mich ein neues Kapitel. Es wird sich vieles ändern: Ich wechsle von der Bundes- in die Landespolitik, von der Opposition in die Regierung, aus meinem Wahlkreis Dresden nach Berlin. Was sich nicht ändern wird: mein unbedingter Einsatz für und mit jenen, die von schlechten Arbeitsbedingungen, Armut, Ausgrenzung oder Wohnungslosigkeit betroffen sind. Ich bin entschlossen – und auch neugierig – alle möglichen Handlungsspielräume zu finden und zu nutzen, um Berlin zu einer Vorreiterin für gute Arbeit und Ausbildung sowie zu einer Stadt mit sozialem Netz und Anlaufstellen für alle in Not zu machen, in der Menschen jeden Alters und Herkunft, mit und ohne Behinderung selbstbestimmt leben und sich entfalten können. Also kurz gesagt, eine Stadt, die zusammenhält und niemanden zurücklässt.

Nun heißt es also Abschied zu nehmen von meinem Dresdner Stadtverband. Am 3. Januar habe ich mein Bundestagsmandat niedergelegt und den Staffeltab als Bundestagsabgeordnete weitergegeben – und zwar an Clara Büniger. Sie war Direktkandidatin im ländlichen Raum im Erzgebirge. Ich habe bei ihr sehr dafür geworben, dass sie in Zukunft zumindest einen Teil meiner bisherigen Wahlkreisbüros in Dresden übernimmt. Ich hoffe, Ihr werdet sie herzlich willkommen heißen. Zu gern hätte ich mich von Euch persönlich verabschiedet – und dabei bestimmt einige Abschiedstränen verdrückt. Doch angesichts von Corona ist das leider gerade nicht möglich. Deswegen rufe ich euch auf diesem Wege ein herzliches »Auf Wiedersehen« zu. Habt Dank für all die gemeinsamen Gespräche, all die gemeinsamen Einsätze und Veranstaltungen.

Herzlichst
Eure Katja Kipping



Streikende Beschäftigte unterstützen – selbstverständlich für Politiker:innen der LINKEN. Katja bei den Putzi-Werker:innen in Dresden, Mai 2021

Gemeinsame Kämpfe

Erste Worte als Bundestagsabgeordnete an meine Dresdner Genossinnen und Genossen



Clara Büniger bei einer Aktion gegen den Pflegenotstand im Erzgebirgskreis

Es ist mir eine Ehre, von nun an als Teil der einzigen linken Opposition im Bundestag für politische Verbesserungen in der Bundesrepublik insgesamt, aber auch in Sachsen und natürlich im Erzgebirge zu arbeiten. Für eine soziale und solidarische Gesellschaft braucht es eine starke und klare Stimme, die sich gegen die Lohn- und Rentenungerechtigkeit ausspricht. Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Eine für alle Menschen erreichbare Gesundheitsversorgung ist jenseits der großen Städte genauso wichtig, wie ein funktionierender und gut ausgebauter Nahverkehr.

Für mich werden Grund- und Menschenrechte immer Maßstab meines politischen Handelns sein. Im Bundestag werde ich daher auch eine Stimme für die Menschenrechte derjenigen sein, denen ihre Rechte verwehrt werden und die täglich um ihre Rechte kämpfen müssen. Es muss ein Ende haben, dass Familien in Sachsen nachts aus ihren Betten gezerrt oder Schulkinder auf ihrem Heimweg abgefangen werden, um abgeschoben zu werden. Ich möchte auch eine Stimme für alle Menschen sein, für die rechte, rassistische und antisemitische Rhetorik eine Gefahr im Alltag ist. Als Abgeordnete aus Sachsen bedeutet das insbesondere, sich für

Menschen einzusetzen, die Tag für Tag für unsere Demokratie streiten.

Ich trete als Abgeordnete die Nachfolge von Katja Kipping an, werde mich also auch daran messen lassen müssen, was Katja für die Partei, im Parlament – aber auch in Sachsen und in ihrer Heimat-

stadt Dresden – geleistet hat. Das ist für mich jedoch keine Last, sondern eher ein Ansporn. Natürlich: Ich bin im Erzgebirgskreis verwurzelt, habe dort kandidiert, Wahlkampf gemacht und deshalb wird dieser so schöne wie mit vielen Problem- punkten behaftete Teil Sachsens auch

Es wird mir eine Freude sein, den Dresdner Stadtverband zu unterstützen

mein Schwerpunkt sein. Sei es, dass das Erzgebirge, bundesweit das geringste Lohnniveau hat oder ein Ort ist, an dem extrem rechte Gruppierungen immer wieder für Schlagzeilen sorgen. Als Katja mich aber bat, einen Teil meiner Zeit und Kraft Dresden zu widmen, war das gar keine Frage für mich. Ich habe hier einen Teil meiner Jugend verbracht, habe gegen Nazis gekämpft, habe hier Freunde und kenne viele aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten in Dresden. Es wird mir also keine Last, sondern eine Freude sein, den Dresdner Stadtverband zu unterstützen.

Liebe Dresdner Genossinnen und Genossen, ich verspreche Euch: Ihr werdet von mir hören, an dieser Stelle lesen, ich freue mich darauf, dass wir uns – so bald es die Pandemie-Lage zulässt – auch persönlich kennenlernen werden und ich freue mich auf unsere gemeinsamen Kämpfe für ein gerechteres Land.

Clara Büniger

Clara Büniger

Die in Freiberg aufgewachsene, ausgebildete Volljuristin ist 35 Jahre alt (geboren 1986). Sie kandidierte bei der Bundestagswahl 2021 auf dem fünften Platz unserer Landesliste und als Direktkandidatin im Wahlkreis 164 Erzgebirgskreis I. Ihr Studium absolvierte sie in Leipzig. 2012 arbeitete sie in Tel Aviv in einer Kanzlei zu Fällen von Reparationszahlungen an Holocaustüberlebende. Ihr Rechtsreferendariat in den Jahren 2013 bis 2015 absolvierte sie beim Auswärtigen Amt, der internationalen Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und einer internationalen Kanzlei in Singapur. Im Jahr 2016 war Clara Büniger Mitgründerin des Rechtshilfeprojekts Equal Rights Beyond Borders und baute den Verein und dessen Arbeit mit auf.



HERZENSANGELEGENHEIT

Gedenken an Rosa Luxemburg



Die Parteispitze der LINKEN am Rosa-Luxemburg-Platz

Jährlich gedenken Linke aus ganz Deutschland an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 durch Freikorps-Soldaten. Auch in diesem Jahr war die Partei- und Fraktionsspitze der LINKEN mit vielen anderen Menschen wieder vor Ort. Aber auch an vielen Orten, Gedenkstätten und Ehrenmalen im Land finden sich in jedem Januar Menschen ein, um vor Ort der beiden Mitbegründer der KPD zu gedenken. So auch in Dresden unsere beiden Stadtvorsitzenden, wie auch Mitglieder anderer Parteien am Sonntag, dem 9. Januar. »103 Jahre nach ihrer Ermordung sind die Ideen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht immer noch aktuell. Es für uns nicht nur eine Verpflichtung, sondern vielmehr eine Herzensangelegenheit, der Vordenker und Kämpfer der linken Bewegung und des Pazifismus zu gedenken«, meint Anne Holowenko, Stadtvorsitzende DIE LINKE. Dresden, dazu.

Kristin Hofmann

Vorschlag zur Wahl des Dresdner Oberbürgermeisters 2022

In den letzten zehn Jahren ist es der Dresdner LINKEN gelungen, unsere Stadt in wichtigen Fragen mitzuprägen und aktiv zu gestalten. So hat sie die Gründung der kommunalen Wohnungsgesellschaft durchgesetzt, erreichte die Einführung des Sozialtickets für Bus und Bahn, konnte mittels eines Bürgerentscheids den Verbleib des Klinikums in städtischer Hand erwirken, trug zur Rekommunalisierung der Drewag bei und erstritt immer wieder notwendige Gelder für wichtige Aufgaben in den Bereichen Soziales, Kultur, Gesundheit und Jugendhilfe.

Als LINKE wollen wir die Stadt hin zu mehr Solidarität, Respekt sowie Zusammenhalt verändern und Dresden besser machen. Als politische Gestaltungskraft sehen wir uns in der Verantwortung für die Zukunft Dresdens. Aus diesem Anspruch heraus haben wir uns in den vergangenen Monaten intensiv mit der Vorbereitung der Oberbürgermeisterwahl 2022 befasst. Wir haben dabei Menschen in den Blick genommen, die in der Stadt bekannt sind, politisches Gewicht besitzen und über ein erkennbares Profil verfügen. Wir haben nach einer Persönlichkeit gesucht, die als Oberbürgermeister besser geeignet ist, als der gegenwärtige Amtsinhaber. Wir wollten und wollen mit unserem Vorschlag eine Person *ins Rennen schicken*, die das Engagement für mehr Gemeinsinn wieder in den Vordergrund rückt, die eine Vision für den sozialen Zusammenhalt und gute Lebensbedingungen in allen Teilen der Stadt hat und die sich entschlossen gegen rechte Umtriebe stellt.

Für uns ist das André Schollbach. Als Stadtrat, Mitinitiator zweier Bürgerbegehren, aber auch als Rechtsanwalt kämpft er leidenschaftlich für Gerechtigkeit. Mit seinen politischen Erfahrungen als langjähriger Fraktionsvorsitzender und seinen profunden Kenntnissen der Dresdner Kommunalpolitik sowie des Verwaltungsrechts ist er nicht nur in der Lage, die Dresdner Stadtverwaltung zu führen, sondern auch die Stadt gut zu repräsentieren. Durch sein großes Engagement für unsere Stadt, seine aktive Arbeit im Stadtrat, seinen Mut, Missstände offensiv anzu-gehen und seine Beharrlichkeit bei der Lösung von Problemen hat er sich einen Namen gemacht – bei seinen Unterstützerinnen und Unterstützern, wie auch bei seinen politischen Gegnerinnen und Gegnern. André Schollbach ist in Dresden verankert und geachtet. Er bringt die Tatkraft und die Entschlossenheit mit, unsere Stadt zum Besseren zu verändern.

Er ist unser Kandidat für das Amt des Dresdner Oberbürgermeisters.

Anne Holowenko

Vorsitzende DIE LINKE. Dresden

Jens Matthis

Vorsitzender DIE LINKE. Dresden

Annekatriin Klepsch

Beigeordnete für Kultur und Tourismus

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen

Anja Apel

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

Am selben Strang ziehen

André Schollbach ist der gemeinsame Vorschlag von Stadtvorstand und Stadtratsfraktion für das Amt des Oberbürgermeisters. Im Gespräch erläutert er, wie er die drängendsten Probleme unserer Stadt angehen will



Gegen zunehmende soziale Spaltung in der Stadt: André Schollbach

»Wer die Verantwortung hat, ist in der Pflicht, diese auch wahrzunehmen«

DIE LINKE ist momentan nicht in der einfachsten Situation und Du nimmst die Aufgabe trotzdem an. Das ist nicht selbstverständlich. Was gibt Dir Hoffnung, dass wir trotzdem einen Erfolg erzielen können?

Die Bewerbung um das Amt des Oberbürgermeisters in einer Halbmillionenstadt ist eine rich-

tig große Herausforderung. Sie wird viel Kraft, Zeit, Ausdauer und gewiss auch Nerven kosten. Doch viele Menschen wünschen sich eine bessere und gerechtere Politik. Auch in Dresden. Diesen Menschen fühle ich mich verpflichtet. Zudem erleben wir eine Menge Bewegung in den politischen Verhältnissen. Es ist gerade mal ein Jahr her, da führte die



Ein neues Amt erfordert neue Blickwinkel

CDU in den bundesweiten Umfragen mit 35 Prozent und die SPD lag satte 20 Prozent darunter. Dann schnellten die Grünen nach oben und brachen später deutlich ein. Dass der Kandidat Olaf Scholz tatsächlich zum Kanzler gewählt werden könnte, erschien vielen Beobachtern als Träumerei. Und jetzt, ein Jahr später, ist die CDU immer noch verblüfft, dass sie auf den Oppositionsbänken Platz nehmen muss.

Kannst Du kurz Deine Ziele für Dresden skizzieren?

Gemeinsam mit den Menschen will ich unsere Stadt gerechter machen. Dresden soll eine lebenswerte Stadt sein, in der es sich gut leben lässt. Dafür sind mehrere Dinge notwendig: Die soziale Sicherheit muss wiederhergestellt werden. Die Folgen der Corona-Krise dürfen nicht auf die kleinen Leute, die Selbständigen und die Kulturschaffenden abgewälzt werden. Wohnen muss bezahlbar sein. Rechten Umtrieben muss entschlossen und tatkräftig entgegengewirkt werden. Die Klimafrage und die soziale Frage müssen zusammengedacht werden. Das Klinikum muss in städtischer Hand bleiben und gestärkt werden. Für eine gute Entwicklung unserer Stadt braucht es mehr Zusammenhalt, Gemeinschaftssinn und Gerechtigkeit.

Viele Genossinnen und Genossen kennen Deine angriffslustige Seite. Als Oberbürgermeister bist Du aber auch für das Ausgleichen zuständig. Kannst Du das?

Die Stellenbeschreibung des Oberbürgermeisters ist natürlich eine andere als die des Vorsitzenden der Linksfraktion. Schauen wir nach Thüringen. Selbstverständlich ist Bodo Ramelow als Oppositionsführer anders aufgetreten als heute im Amt des Mi-

nisterpräsidenten. Im Übrigen lebt Demokratie von unterschiedlichen politischen Standpunkten. Die müssen auch deutlich werden.

Es gibt drängende Themen in Dresden, eins davon ist die Schere zwischen Arm und Reich und zwischen verschiedenen Stadtteilen. Lässt sich an diesem Missstand seitens eines Oberbürgermeisters etwas ändern? Und wenn ja, wie?

Die soziale Spaltung in Dresden nimmt zu. Ich halte das nicht nur für einen Missstand, sondern für eines der zentralen Probleme unserer Stadt. 78.700 Menschen sind arm oder armutsgefährdet, gleichzeitig gelten 30.500 Menschen als einkommensreich. Es

»Dresden soll eine lebenswerte Stadt sein, in der es sich gut leben lässt«

gibt einerseits deutlich mehr Armut und gleichzeitig mehr Reichtum. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung. Viele Menschen haben existenzielle Sorgen und wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. Es herrscht erkennbar Handlungsbedarf.

Deshalb haben wir LINKEN im Stadtrat bereits eine Initiative zur Verbesserung der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Dresden gestartet. Weiterhin müssen die deutlich steigenden Preise für Strom und Heizung sozial abgedeckt werden. Zudem sollen sämtliche Anträge auf soziale Leistungen endlich einfacher

und auch auf digitalem Weg eingereicht werden können.

Als jemand, der seit langer Zeit Verantwortung in dieser Stadt übernimmt, muss Dir doch das Herz bluten, wenn Du siehst, wie sich das Klima in den letzten Jahren verändert hat, in welchen Ruf Dresden mittlerweile oft gerät. Du selbst sagst, Du hättest es satt, dass hier Menschen in Angst leben müssen. Was kann ein Oberbürgermeister an diesem Zustand ändern?

Seit Jahren missbrauchen rechte Hetzer die Straßen und Plätze unserer Stadt. Sie schüren Angst und vergiften das Klima. Wir erleben eine deutliche gesellschaftliche Verrohung, selbst vor offener Gewalt wird nicht zurückgeschreckt. Der aufgeregte Mob jöhlt und klatscht Beifall dazu. Das ist eine große Gefahr. Deshalb will ich es klipp und klar sagen: Demokratie muss auch wehrhaft sein und ihren Feinden die Stirn bieten. Symbolische Handlungen und respektable Worte reichen da nicht aus. Wer die Verantwortung hat, ist in der Pflicht, diese auch wahrzunehmen. Als Chef der Verwaltung hat man einige Möglichkeiten, etwa bei der Steuerung der Dresdner Versammlungsbehörde. Ich bin entschlossen, als Oberbürgermeister davon Gebrauch zu machen.

Was erwartest Du von der Partei?

Bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr hatten jene Parteien Erfolg, die in der Öffentlichkeit kein zerstrittenes Bild abgaben, sondern geschlossen aufgetreten sind. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, dass meine Partei endlich daraus lernt. Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir alle an einem Strang ziehen, und zwar in dieselbe Richtung.

Interview: Thomas Feske

André Schollbach

Zur Person

- geboren am 5. Oktober 1978 in Meißen
- 2007: Erstes Juristisches Staatsexamen
- 2008: Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- 2007 bis 2009: Rechtsreferendariat am Landgericht Dresden
- 2009: Zweites Juristisches Staatsexamen
- seit 2010: Rechtsanwalt
- Vater zweier Kinder im Alter von zwei und fünf Jahren

Politischer Werdegang

- 1995: Eintritt in die PDS (seit 2007: DIE LINKE)
- seit 1999: Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
- seit 2007: Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat
- aktuell Mitglied in folgenden Ausschüssen des Stadtrates: Finanzausschuss, Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit, Ausschuss für Wirtschaftsförderung
- 2012: Mitinitiator des »Bürgerbegehrens für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser«
- 2013: Mitinitiator des »Bürgerbegehrens für kommunale Wohnungen«
- 2014 bis 2019: Mitglied des Sächsischen Landtages, dort unter anderem Mitglied im Verfassungs- und Rechtsausschuss sowie im Innenausschuss



Bezahlbare Miete statt fatter Rendite: André Schollbach bei einer Miethai-Aktion



Veranstaltungsort des Stadtparteitages

FEBRUAR**Termine und
Veranstaltungen**

Stadtparteitag DIE LINKE Dresden

■ 5. Februar, 10 Uhr, Filmtheater Schauburg,
Königsbrücker Straße 55

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Prohlis

■ 14. Februar, 18 Uhr, online,
OV-Mitglieder werden angeschrieben**Liebe Genossinnen
und Genossen,**entsprechend der momentanen
Pandemielage gibt es kaum
Präsenztermine, zu denen die
Ortsverbände und der Stadtver-
band einladen. Wir hoffen alle,
dass sich das bald ändert.

Entscheidung über das Grundeinkommen

Der erste Mitgliederentscheid *von unten* steht an.
Von der Idee zur basisdemokratischen Urabstimmung

Der Fahrplan steht: Im September 2022 werden alle Mitglieder von DIE LINKE bundesweit und basisdemokratisch über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) abstimmen. Aber warum geht es überhaupt? Und wie ist es eigentlich dazu gekommen?

Bereits im Frühjahr 2017 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen dazu entschieden, einen solchen Mitgliederentscheid zum BGE herbeizuführen. Noch im selben Jahr haben wir damit begonnen Unterschriften zu sammeln. Im Frühjahr 2020 war es dann soweit: mit Hilfe zahlreicher Unterstützer:innen haben wir über 3100 gültige Unterschriften von Parteimitgliedern gesammelt – das Quorum von fünf Prozent war erreicht. Damit handelt es sich um den ersten von der Basis herbeigeführten Mitgliederentscheid in unserer Bundespartei. Für uns ist eine sachliche und ausgeglichene Debatte im Vorfeld der Entscheidung wichtig. Gemeinsam mit dem Parteivorstand haben wir daher einen Antrag zum



zeitlichen und inhaltlichen Ablauf für den Stadtparteitag erarbeitet. Dieser Antrag wurde der 1. Tagung des 7. Stadtparteitages im Februar 2021 zur Abstimmung vorgelegt und von diesem positiv entschieden: Spätestens ein Jahr nach der Bundestagswahl würde der Mitgliederentscheid stattfinden.

Neue soziale Idee

Die Menschen verlangen Antworten von uns. Wir als BAG haben ein Konzept zum BGE aufgestellt, dass

europaweit viel Ansehen genießt. Es beschreibt ein modernes linkes Sozialstaatskonzept – sanktionsfrei und ohne Stigmatisierung von Bedürftigkeit. Es stellt klare Unterschiede zu allen anderen politischen Akteur:innen heraus, zeigt klare Perspektiven für die Zukunft auf und bedient ganz bewusst ein auf Gemeinwohl und Solidarität ausgelegtes Menschenbild. Wir finden das BGE stärkt DIE LINKE, ohne dass wir andere Positionen aufgeben müssen. Nun geht es bald schon los, denn bevor es ans Entscheiden geht, ist eine sechsmonatige Phase für Meinungsbildung und Diskussion vorgesehen. Wir möchten dich vom Grundeinkommen überzeugen und freuen uns auf die gemeinsame Debatte. Wir sagen JA zum BGE beim Mitgliederentscheid im September 2022. *Mischa Kreutzer, LAG Bedingungsloses Grundeinkommen*■ Mehr Infos und Möglichkeiten zum Mitmachen findest du hier: www.mit-links-zum-grundeinkommen.de

Arzt der Armen

DIE LINKE hat ihren Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert. Jenseits aller Chancen ist die Nominierung ein klares Statement

Gerhard Trabert ist bekannt als »Arzt der Armen« und Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Er sagt: »Ich möchte die Kandidatur nutzen, um auf Armut und soziale Ungerechtigkeit hinzuweisen und um als Fürsprecher von Menschen aufzutreten, die zu wenig gehört werden. Meine Kandidatur richtet sich nicht gegen jemanden, sondern für etwas.«

Als Arzt und Sozialarbeiter versorgt er Obdachlose dort, wo sie leben – auf der Straße. Mit seinem »Arztmobil«, das zugleich Sprechzimmer und Ambulanz ist, fährt er zu den Menschen, um Hilfe anzubieten: in die Tiefgarage, an die Domplätze, in ein Wäldchen, wo sie übernachten.

Gemeinsam mit über 30 ehrenamtlichen Kolleg:innen verschiedener Fachrichtungen behandelt Trabert an festen Tagen in der »Poliklinik ohne Grenzen« Menschen in prekärer Lebenslage. Die Klinik wird durch den gemeinnützigen Verein »Armut und Gesundheit« betrieben, den Trabert 1997 gründete. Denn zunehmend erfragen auch nicht wohnungslose, arme Menschen medizinische Beratung und Hilfe: Zu den Patient:innen zählen Asylsuchende, papierlose Menschen

**»Gerhard Trabert ist
eine Stimme für
soziale Gerechtigkeit«**

Stefan Hartmann und Susanne Schaper

oder ehemals privat Versicherte, die sich die Beiträge nicht mehr leisten können.

Die Landesvorsitzenden der LINKEN in Sachsen, Stefan Hartmann und Susanne Schaper dazu: »Gerhard Trabert ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit und damit ein Kandidat, der die tatsächliche Spaltung in unserer Gesellschaft anspricht und thematisiert. Trabert legt nicht nur den Finger in die gesellschaftliche Wunde der Armut, er behandelt sie auch ganz konkret durch sein gesellschaftliches Engagement. Bereits seine Kandidatur trägt dazu bei, denen eine Stimme zu geben, die sonst oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt ihr Leben verbringen müssen.«

Die Redaktion



Gerhard Trabert ist Kandidat der LINKEN für die Wahl zum Bundespräsidenten am 13. Februar

Dresden im Dezember

Erfahrungsbericht über das Geschehen vor dem Friedrichstädter Krankenhaus



Pfleger:innen kämpfen um Menschenleben und werden von selbsternannten Querdenkern verhöhnt

Es ist der 13. Dezember 2021. Es ist kalt und regnet in Dresden. Ich hatte um 7 Uhr meinen Dienstbeginn beim Gesundheitsamt. Seit 18 Monaten arbeite ich fast jeden Tag, 50 bis 60 Stunden die Woche. Ich rufe Menschen an, die Corona haben. Jeden Tag neue Schicksale. Neues Entsetzen, neue Ängste vor Corona. So weit, so normal. Den Menschen in der Pflege geht es hundertmal schlimmer, sie sind entkräftet und schlecht bezahlt. An diesem Tag gingen in Dresden an die 200 Menschen auf die Straße. Mobilisiert von den »Freien Sachsen«, »Studenten stehen auf« und anderen rechtsradikalen Kleingruppen. Sie marschieren durch die Innenstadt, zeigen ihre hässliche Fratze – feiern ihren Todeskult. In der Stadt sind gestern 29 Menschen an den Folgen von Corona verstorben. 70 Menschen wurden eingeliefert. 1299 neue Infektionen sind dazu gekommen. Der Todeskult nahm dies zum Anlass, vor dem Krankenhaus zu »protestieren« und die Einfahrt zu blockieren. Im Inneren kämpfen Menschen um ihr Leben, andere haben den Kampf verloren. Vor der Pforte werden diese Menschen – diese Schicksale – verhöhnt. Die Menschen draußen sehen sich als Kämpfer ihrer »Freiheit«, dabei feiern sie nur sich selbst und ihren Egoismus.

Verschwörungsspirale

Die »Protestierenden« marschieren zusammen mit Nazis auf und erklären sich diese durch »Einschleusungen«. Diese Menschen sind so tief in ihrem Verschwörungssumpf, ihrer kognitiven Dissonanz, dass alles, was nicht reinpasst, direkt in eine Verschwörungserzählung gegossen wird. Diese Verschwörungserzählung macht auch vor ihrem engsten Kreis nicht halt. Der feige Mord an einem Tankstellenwart in Idar-Oberstein,



Deutliche Worte gegen esoterisches Geschwurbel

weil dieser auf eine Maske bestand, war da nur der Anfang. In Königs-Wusterhausen brachte ein Mann seine Frau, seine Kinder und sich selbst um – Motiv war die Angst vor Strafverfolgung wegen eines gefälschten Impfausweises. In einschlägigen Chatgruppen findet dieses Motiv Widerhall. Viele schreiben dort, auch sie würden bei »der momentanen Entwicklung« sich und ihre Angehörige töten. Solche Radikalisierungen münden oft in Taten, die viel Aufmerksamkeit erzeugen sollen, in Amokläufen und Anschlägen. Die Innenminister nahmen sich dem Thema viel zu spät an. Zu lange wurde von Verständnis gesprochen gegenüber einer Bevölkerungsgruppe, die gar keines will. Agitiert und radikalisiert von rechtsradikalen Kleingruppen, die nicht die Macht der Parlamente suchen wie die AfD, sondern den »Volkszorn« auf der Straße. Eine traurige Entwicklung schleichender, dezentraler Radikalisierung, die in immer größeren Gewaltspiralen eskaliert.

Versäumnisse der Politik

Den Nährboden hat ebenfalls die Politik zu verantworten. Viel zu lange wurde rechte Gewalt und ihr Radikalisierungspotenzial kleingeredet. Faschistische Terroristen waren verwirr-

te Einzeltäter, es wurde unter der Hand von Verständnis für die Reaktion gesprochen. Dieses Versagen trägt Früchte. Der Nährboden ist eine steigende soziale Spaltung durch die Verwerfungen der postkapitalistischen Gesellschaft und den Rülpsen der autoritären Vergangenheit. Eine Polizei, welcher oft unterstellt werden kann, selbst nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Politische Akteure, die sich selbst aus Profitinteressen am nächsten sind und eine gesellschaftliche Stimmung, die das Individuelle über die Solidargemeinschaft stellt. Garniert wird das Elend mit einer Politik, die auf Abwie-

Eine traurige Entwicklung schleichender, dezentraler Radikalisierung

gelung statt Aufklärung setzt und den Staatsfeind ausschließlich im linken Spektrum sucht. Auch die Wissenschaft beschreibt, dass diese Menschen nicht mehr wirklich zu erreichen sind. Wer Pandemiebekämpfung ernst nehmen möchte, der muss den braunen Sumpf trockenlegen. Der Staat der sich gerne als stark aufspielt, gerade bei linken Protesten, wirkt in diesen Situationen maßlos überfordert und weit weg. Die Sorge, die mich ergreift, ist eher das, was nach zwei Jahren Corona kommt. Die Decke der Zivilisation ist sehr dünn, sie hat nicht nur Risse, sie fehlt an vielen Stellen komplett.

Mehr als nur Kerzen

Als Linksjugend meldeten wir an verschiedenen Tagen kleine Kundgebungen an, um den sogenannten Spaziergänger:innen und ihren Schwurbeleien etwas entgegenzusetzen. Auch bei diesen Aktionen verspürten wir eine gewisse Ohnmacht, ob der großen Teilnehmendenzahl auf der anderen Seite und der sichtbaren Überforderung der Polizei. Mehrfach fühlte der Einsatzleiter sich befleißigt, uns das Ende der Kundgebung nahezu legen. Mit 50 Einsatzkräften befürchtete er, uns 10 Demonstrierende nicht vor dem 500 bis 1500 Personen starken rechten und verschwörungsideologischen Mob, der durch die Straßen zog, schützen zu können. Mal wieder deutliche Zeichen für komplette Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Entscheidungsträger:innen. Klar ist, es muss schleunigst mehr passieren, als nur Kerzen anzuzünden!

Bastian Stock



Allein gelassen in Kälte und Schnee. Eine Schande für Europa

Kriegsrhetorik gegen Flüchtlinge

Die EU-Kommission spielt einmal mehr der Fremdenfeindlichkeit in die Hände

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates der Europäischen Union für Sofortmaßnahmen bezüglich der EU-Außengrenze mit Belarus vorgelegt. Der Vorschlag der Kommission zielt darauf ab, Polen, Litauen und Lettland die Möglichkeit zu geben, von bestimmten Bestimmungen des EU-Asylrechts in Bezug auf Aufnahmebedingungen, Verfahren und Rückführungen abzuweichen. Dies würde für alle Personen gelten, die internationalen Schutz beantragen und über die Grenze von Belarus in eines der drei Länder kommen oder gekommen sind. Der Vorschlag würde rückwirkend gelten. Diese Maßnahmen würden zunächst für sechs Monate gelten, könnten aber durch einen weiteren Ratsbeschluss verlängert werden.

Den Vorschlag der Kommission lehne ich entschieden ab. Die Rechtsgrundlage des Vorschlags ist mehr als fragwürdig: Er stützt sich auf die Existenz einer »Notlage« aufgrund »eines plötzlichen Zustroms von Drittstaatsangehörigen«. Die derzeitige Situation kann aber nicht als eine solche Notlage bezeichnet werden, da die Zahl von Menschen an der Grenze zu Belarus niedrig ist und eigentlich nie hoch war – die Kommission hat die ruhigere Lage selbst auf ihrer Pressekonferenz eingeräumt. Diese Rechtsgrundlage wird bewusst gewählt um das Parlament und speziell den Innenausschuss zu umgehen – da

gegen müssen wir vorgehen. Außerdem verfehlt der Vorschlag das Kernproblem an den EU-Außengrenzen zu Belarus: es braucht einen garantierten Zugang zu Asylverfahren, da Menschen entweder informell oder aufgrund einer Entscheidung nach nationalem Recht, welches im Bruch zu EU-Recht

Grundlage jeden Handelns müssen die Grundrechte der EU sein

steht, zurückgeschoben werden. Doch anstatt Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten einzuleiten, deren nationale Gesetzgebung Push-Backs ermöglicht, will die Kommission nun genau diesen Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben von geltendem EU-Asylrecht abzuweichen und die Rechte von Asylsuchenden massiv einzuschränken.

Vorbei am Parlament

Der Vorschlag ist brandgefährlich und ein weiterer Schritt zur Aushöhlung des individuellen Rechts auf Asyl in Europa. Die Kommission spielt hier der Anti-Migrations-Agenda von EU-Re-

gierungen wie Polen und Ungarn in die Hände. Die schändliche Kriegsrhetorik der letzten Wochen und Monate über Migrant:innen als Waffe und hybride Gefahren die von Kommission und Mitgliedsstaaten vorangetrieben wurde manifestiert sich jetzt in einem Vorschlag, der darauf abzielt auf Grundlage einer angeblichen Notlage, undemokratisch am EU-Parlament vorbei, Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zu geben von geltendem Recht abzuweichen.

Grundlage jeden Handelns der Europäischen Union müssen die Grundrechte der EU sein – das Gegenteil ist hier der Fall – die Kommission übernimmt rechts-konservative Positionen der EU-Regierungen die EU-Recht, insbesondere im Bereich Asyl schon lange mit Füßen treten. Praktisch bedeutet das, dass Menschen im Grenzgebiet weiter alleine im Wald gelassen, illegal zurückgedrängt und ihrem Schicksal überlassen werden. Schon mindestens 17 Menschen sind gestorben und wenn humanitäre Organisationen nicht umgehend Zugänge zum Grenzgebiet bekommen und sich die EU-Mitgliedsstaaten, auch Deutschland nicht sofort bereit erklären die Menschen aufzunehmen werden noch viele weitere sterben – erfroren, verhungert, verdurstet in den Wäldern unter den wachen Augen der EU-Kommission und der EU-Regierungen. Eine Schande.

Dr. Cornelia Ernst

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.

Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe

Clara Bünger, Dr. Cornelia Ernst,
Thomas Feske, Kristin Hofmann,
Katja Kipping, Mischa Kreutzer,
Jens Matthis, Uwe Schaarschmidt,
Bastian Stock

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Jakob Huber (1), Uwe Schaarschmidt (2, 3), Martin Neuhoof (3), DIE LINKE. Erzgebirge (3), Janine Rabovsky (4), Thomas Feske (5), Gerhard Trabert, privat (6) Mufid Majnun/unsplash (7), Linksjugend Dresden (7), Nzpn/iStock (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss

17. Januar 2021

Unterstützung

Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.

Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120
1714 16

Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden